

II-5447 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2703/J

1988 -09- 2 8

**A n f r a g e**

der Abgeordneten Dr. Schranz, Mag. Brigitte Ederer, Ing. Nedwed  
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Auswirkungen von Erkenntnissen der Verfassungsgerichtshofes zum  
Rechtsextremismus in Österreich

Der Verfassungsgerichtshof hat in jüngster Zeit entscheidende Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Tätigkeit rechtsextremistischer Kreise gefällt. Er hat insbesondere festgestellt, daß sich die NDP eindeutig in einer Weise betätigt, die dem nationalsozialistischen Wiederbetätigungsverbot widerspricht, weshalb ihr auch gemäß dem Parteiengesetz keine Rechtsstellung zukommt. Über diese konkrete Entscheidung hinaus kommt den in diesem Zusammenhang ergangenen Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes grundsätzliche Bedeutung zu. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher die nachstehende

**A n f r a g e :**

1. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Verwaltung im allgemeinen und das Bundesministerium für Inneres im besonderen?
2. Welche zusätzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung neonazistischer Tätigkeiten in Österreich ergeben sich aufgrund dieser Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisse?
3. Welche Bedeutung haben die genannten Erkenntnisse hinsichtlich der unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 4 des Staatsvertrages von 1955, insbesondere aus der Sicht Ihres Ressorts?